

Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland

Boers, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Boers, K. (1995). Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen (S. 374-379). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-141588>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

4. Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland

Klaus Boers

1. Kriminalität als Modernisierungsrisiko

Der soziale Umbruch hat in Ostdeutschland nicht nur zur Desintegration der Gesellschaft und Desorganisation staatlicher und wirtschaftlicher Einrichtungen beigetragen, sondern gleichzeitig auch neue Freiheiten sowie die Modernisierung von Staat und Gesellschaft ermöglicht. Dies bedeutet mithin die "freie" Teilhabe an den Chancen und Risiken der nur partiell steuerbaren Entwicklungsdynamik einer modernen Gesellschaft. Kriminalität und Kriminalitätsfurcht gehören zu solchen Modernisierungsrisiken (vgl. schon Blinkert 1988) ebenso wie Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Armut oder Krankheit. Man kann dem wohl nicht mit normativen Vorstellungen, etwa einer armuts- oder kriminalitätsfreien Gesellschaft und entsprechenden Bekämpfungsprogrammen, begegnen. Ausdifferenzierte Gesellschaften erlauben allenfalls eine Kontrolle bestimmter als besonders problematisch empfundener Entwicklungen und können damit ein gewisses Maß an Integration einzelner sozialer Systeme sicherstellen, jedoch immer mit dem Risiko der gleichzeitigen Desintegration anderer Bereiche der Gesellschaft. Kriminalität ist insofern nicht ausschließlich ein Ausdruck sozialer Desorganisation, sondern zunächst einmal eine strukturell bedingte Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses, die nicht notwendigerweise im Widerspruch zur sozialen Integration stehen muß. So können für die Reproduktion des wirtschaftlichen Systems erforderliche hohe Konsumanreize nur in eingeschränktem Maße mit polizeilicher sozialer Kontrolle einhergehen. Oder ein freier Warenverkehr kann insbesondere mit Blick auf die osteuropäischen Märkte nicht bei wie ehemals geschlossenen Grenzen erfolgen; angesichts des Wohlstandsgefälles zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn bringen offene Grenzen aber auch Migrationskriminalität mit sich.

Faßt man die bislang wesentlichen empirischen Ergebnisse über die Kriminalitätsentwicklung seit der Wende vorweg zusammen, dann war in Dunkelfelduntersuchungen (Opfer- oder Täterbefragungen)¹ schon bald nach der Wende bis etwa zum Frühjahr 1991, also unerwartet rasch, eine weitgehende Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Kriminalitätsraten und zwischen 1991 und 1993 deren Stabilisierung zu beobachten (vgl. auch Kury et al. 1992; Boers 1994). Bedingt durch die Reorganisation der Polizei und ihres Meldesystems in den neuen Bundesländern sind solche Trends etwas verspätet auch der polizeilichen Kriminalstatistik ab 1993 zu entnehmen (vgl. Bundeskriminalamt 1994).

Strukturell typische Formen delinquenten Verhaltens können anhand der verschiedenen Ebenen des Transformationsprozesses beschrieben werden, nämlich den Ebenen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbruchs.

2. Wirtschaftlicher Umbruch

Der wirtschaftliche Umbruch korrespondiert vornehmlich mit der Massen- und Bagatelldelinquenz sowie mit Erscheinungen der Wirtschaftskriminalität (vor allem im Zusammenhang mit der "Abwicklung" des ehemals "volkseigenen Vermögens" durch die Treuhandanstalt).

Spätestens mit der im Sommer 1990 eingeführten Wirtschafts- und Währungsunion waren die entscheidenden Bedingungen für die Entwicklung einer modernen Massendelinquenz gesetzt: Ein enorm erweitertes und von starken Konsumanreizen begleitetes Warenangebot und eine allgemein konvertierbare Währung. Die Bedeutung von Tatgelegenheiten zeigte sich in Ostdeutschland insbesondere in der Zunahme von Delikten im Zusammenhang mit Fahrzeugen und beim Ladendiebstahl und umgekehrt im Rückgang beim Arbeitsplatzdiebstahl, also einer Deliktsform, die angesichts der schnell funktionierenden marktorientierten Warendistribution im Gefolge der Währungsunion weniger relevant wurde. Solche Delikte machen sowohl in der polizeilichen Kriminalstatistik als auch in Dunkelfelduntersuchungen mehr als zwei Drittel aller Delikte aus. 1991 und 1993 berichteten 19% der Befragten in den neuen und 1993 16% in den alten Bundesländern, in den vorangegangenen 18 Monaten Opfer eines Eigentumsdeliktes geworden zu sein; die Gesamtopferrate betrug im Osten 28% bzw. 25% und im Westen 23%.

Eine der für den wirtschaftlichen Umbruch wohl bezeichnendsten Formen delinquenten Verhaltens ist die in Zusammenhang mit der Privatisierung und Abwicklung der ehemaligen volkseigenen DDR-Betriebe stehende Wirtschaftskriminalität. Auch hier dürften allein schon die Gelegenheitsstrukturen (Milliarden für staatliche Transferleistungen und Subventionen, enorme Immobilienwerte usw.) den "Pioniergeist" moderner Glücksritter und Spekulanten geweckt haben. Wissenschaftlich ist dieser Bereich bislang noch kaum untersucht worden. Unsere Kenntnisse beruhen im wesentlichen auf journalistischen Recherchen und bekanntgewordenen Strafverfahren.

Die Treuhandanstalt (1994) leitete durch ihre "Stabsstelle für besondere Aufgaben" von Februar 1991 bis Oktober 1994 in 615 Fällen gegen "Externe" und in 134 Fällen gegen "Interne" strafrechtliche Ermittlungsverfahren ein (von letzteren wurden bislang 54 eingestellt). Der letztlich festgestellte wirtschaftliche Schaden betrug DM 350 Millionen, wovon über ein Drittel im Zusammenhang mit Parteivermögen, Transferrubel-Geschäften sowie Aktivitäten des MfS oder der kommerziellen Koordinierung stand.

3. Sozialer Umbruch

Mit dem sozialen Umbruch dürften zunächst Formen der sogenannten klassischen Kriminalität, also Gewalt- und schwere Eigentumsdelikte (z.B. Wohnungseinbruch und Raub), korrespondieren, des weiteren die Drogenkriminalität. Auch hier haben sich in Ostdeutschland die Täter- und Opferzahlen seit der Wende recht schnell dem westlichen Niveau angeglichen, so daß bereits im Frühjahr 1991 keine wesentlichen Unterschiede mehr bestanden. Solche Delikte kommen bekanntlich nur selten vor: 1993 gaben im Osten 4,6% und im Westen 3,7% der Befragten an, in den vorangegangenen 18 Monaten Opfer einer Körperverletzung oder eines Raubes, 1,8% bzw. 1,3% Opfer eines Wohnungseinbruchs geworden zu sein; 0,5% bzw. 0,1% der befragten Frauen waren sexuell genötigt oder vergewaltigt worden.²

Diese Delikte können freilich mit größeren finanziellen Verlusten sowie schweren Eingriffen in die körperliche und psychische Integrität der Opfer einhergehen. Sie sind deshalb im kriminalpolitischen Diskurs sowie für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung von erheblicher Bedeutung, offenbaren aber auch eine problematische Lebenssituation der Täter.

Solche Delikte werden bekanntlich nicht von jedermann begangen. Sie korrespondieren mit Erosionen der Sozialstruktur und der Destabilisierung familiärer, beruflicher und anderer sozialer Netze. Junge Menschen, die von diesen Defiziten betroffen sind, können wahrscheinlicher als andere Altersgenossen einem subkulturellen Bewältigungs- und Überlebensmuster folgen, das zumindest vorübergehend auch delinquentes Verhalten einschließt, sich jedoch spätestens mit einer wiederholten strafrechtlichen Verfolgung und der damit einhergehenden Beschränkung legaler Gratifikationschancen zu einer sogenannten "kriminellen Karriere" verdichten kann. Die gegenwärtige Umbruchssituation erhöht zweifellos das Risiko des Abgleitens in potentiell deviante Lebensmilieus. Neuere, auf Theorien sozialer Milieus (vgl. Hradil 1992) beruhende sozialstrukturelle Untersuchungen haben ergeben, daß rund ein Fünftel der ostdeutschen Bevölkerung zu sozialen Milieus meist jüngerer Leute mit einfachen Berufen und niedrigen Einkommen sowie einem hohen Anteil von Ausbildungsabbrechern und Arbeitslosen gehört. Angehörige dieser Milieus verdrängen die Zukunft und haben vielfältige, aber unerfüllte Konsumwünsche und werden als Verlierer des sozialen Umbruchs bezeichnet (Becker et al. 1992, S. 84, 98 ff.); nach Heitmeyer et. al. (1995, S. 206 ff., 234) gehörten 1993 zwei Fünftel der 15-22-jährigen Ostdeutschen zu traditionslosen bzw. hedonistischen Arbeiter- oder subkulturellen Milieus, deren Mitglieder häufiger als andere die Begehung von Gewalttaten berichteten.

Im Sommer 1993 zeigten sich bei 16-34-jährigen ostdeutschen Großstädtern signifikante Zusammenhänge zwischen selbstberichteter Gewalt-, gelegentlich auch Eigentumsdelinquenz und sozialer Lage (z.B. finanzielle, schulische Probleme; niedriger Sozial- und Bildungsstatus), Wertorientierung (resignative, einen gesellschaftlichen Ausstieg bejahende, anomische sowie autoritative Einstellungen) sowie Lebensstil (Peer-Group-Orientierung; Schwächung familiärer Kontakte; Auseinandersetzungen in der Elternfamilie; Akzeptanz von Suchtmitteln sowie non-konventioneller politischer Partizipation).

Sozialstrukturelle Defizite, aber auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Definition abweichenden Verhaltens kulminieren derzeit besonders in Phänomenen, die, eingebettet in einen Gewaltdiskurs, unter den Schlagworten "Sicherheit auf den Straßen" und "Kriminalitätsfurcht", diskutiert werden: Delinquenz von Migranten, Drogen- sowie rechtsextremistisch motivierte Kriminalität.

Ein nicht unerheblicher Teil des sozialen Abweichungspotentials steht im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen aus ärmeren osteuropäischen Ländern. Von einer "Ausländerkriminalität" kann man dennoch nicht sprechen, weil bei einer Berücksichtigung sozialstruktureller Merkmale nicht "die Ausländer" höhere Kriminalitätsraten aufweisen, sondern die in dieser Bevölkerungsgruppe stärker als unter Deutschen vertretenen sozial und ökonomisch Marginalisierten (Sessar 1993).

Einzig beim Drogenkonsum konnte eine Verhaltensangleichung zwischen Ost- und Westdeutschen (noch) nicht beobachtet werden: 1993 berichteten 25% der westdeutschen, jedoch nur 6% der ostdeutschen 16- bis 29-jährigen Befragten, jemals Cannabisprodukte konsumiert zu haben; 1991 waren es in Ostdeutschland 3% (der Konsum härterer Drogen war von niemandem angege-

ben worden). Und während 1993 im Westen 121.080 Drogendelikte polizeilich registriert wurden, waren es im Osten nur 1.160 Drogendelikte (400 mehr als im Vorjahr; Bundeskriminalamt 1994, S. 214).

Man mag aufgrund dieser Differenz annehmen, daß sich im "realen Sozialismus" Wertorientierungen und Lebensstile herausgebildet haben, die zumindest gegenüber der Verelendung durch den Drogenkonsum zu einer gewissen Resistenz verhalten. Für eine letzte Gruppe delinquenten Verhaltens, bei der man angesichts des politischen und historischen Anspruchs in der DDR "Resistenz" hätte eher erwarten können, trifft dies freilich nicht zu: die im Zusammenhang mit dem politischen Umbruch stehenden neonazistischen (Gewalt-) Aktivitäten.

4. Politischer Umbruch

Spätestens seit den Brandanschlägen in den westdeutschen Städten Mölln und Solingen darf man davon ausgehen, daß der Rechtsextremismus kein ostdeutsches, sondern ein gesamtdeutsches Problem ist, das sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland seit der Wende sprunghaft entwickelt hat. Die Zahl der offiziell registrierten rechtsextremistischen Gewalttaten ist bekanntlich 1993 und 1994, nachdem 1992 mit 2.600 Fällen der vorläufige Höhepunkt erreicht wurde, etwas zurückgegangen. 1992 und 1993 waren 24 Menschen von Neonazis getötet worden.

Betrachtet man das weitere rechtsextremistische Einstellungssyndrome, dann sind Westdeutsche sogar etwas ausländerfeindlicher, nationalistischer sowie stärker antisemitisch als Ostdeutsche, sie wählen auch häufiger rechtsextreme Parteien. Offenbar als Folge des 45jährigen autoritären DDR-Regimes ist die ostdeutsche Bevölkerung allerdings etwas autoritärer als die westdeutsche eingestellt. Insgesamt lehnte im Sommer 1993 rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Asylsuchenden ab, zwischen 25% und 50% befürworteten ethnozentrische oder autoritative Statements.

Rund drei Viertel der Tatverdächtigen rechtsextremistischer Straftaten sind Jugendliche oder Heranwachsende. Zumindest mit Blick auf die Akteure handelt es sich also um ein Jugendphänomen. Man kann sich hinsichtlich der Erklärung des jugendlichen Rechtsextremismus nicht allein (und wohl auch nicht überwiegend) auf sozialstrukturelle Annahmen beschränken, z.B. daß hierin durch die Auflösung traditioneller Lebenszusammenhänge sowie durch soziale oder ökonomische Ohnmachts- und Individualisierungserfahrungen ausgelöste Desintegrationsprozesse zum Ausdruck kommen. Es ist nämlich weiter zu fragen, warum sich ein Teil der jugendlichen Modernisierungsverlierer ausgerechnet eine rechte Identität zulegt, warum verhalten sie sich nicht links oder unpolitisch? Rechtsextremistische Täter sind häufig jedenfalls nicht sozial oder beruflich desintegriert. Sie gehören zwar eher zur unteren Hälfte der Gesellschaft, haben aber in der Regel einen Bildungsabschluß, einfache Facharbeiter- oder Handwerkerberufe sowie einen Arbeitsplatz und kommen, zumindest in Westdeutschland, auch aus aufstiegsorientierten sozialen Milieus. Der jugendliche Rechtsextremismus ist also schon unter sozialen Gesichtspunkten nicht unbedingt eine Randerscheinung; er dürfte darüber hinaus, darauf weist bereits die Verbreitung nationalistischer und autoritärer Einstellungen hin, feste Wurzeln in politischen Mentalitätsbeständen der Erwachsenenkultur, mithin in der Mitte der Gesellschaft haben (Willems et al. 1993, S. 132 ff.; Pfahl-Traughber 1993, S. 217 ff.; Heitmeyer 1994, S. 36 ff.). Insbesondere die Debatte über die Asyl- und Einwanderungspolitik hat bis in die großen Parteien hinein zu bedenklichen national-

stischen Orientierungen des öffentlichen Diskurses geführt. Dabei geht es wohl auch darum, den "Nationalismus", angesichts des nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" entstandenen politisch-ideologischen Vakuums sowie in Anbetracht der immer offensichtlicher gewordenen ökonomischen und sozialen Probleme als ein Medium für die soziale Integration Gesamtdeutschlands zu funktionalisieren (Offe 1993).

5. Zusammenfassung

Zusammenfassend handelt es sich bei den verschiedenen Delinquenzformen im sozialen Umbruch zum einen um Erscheinungen, die als Modernisierungsrisiko eine zeitlich stabile Angleichung an westliche Kriminalitätsstrukturen darstellen. In diesem Zusammenhang ist die Massen- und Bagatellkriminalität eher eine typische Begleiterscheinung einer hochentwickelten Industrie- und Konsumgesellschaft. Demgegenüber verweist die schwerere Eigentums- und Gewaltkriminalität auf sozialstrukturelle Integrationsdefizite, die sich angesichts des Wohlstandsgefälles vor allem zu den Ländern Ost- und Südosteuropas noch vergrößern dürften. Schließlich handelt es sich um Delinquenzphänomene, die zwar als problematisch und desintegrativ anzusehen sind, sich jedoch als typische Erscheinungen der Umbruchssituation mit der politischen, ökonomischen und sozialen Reorganisation in Ostdeutschland verringern dürften. Dazu gehört sicherlich die mit der Abwicklung des ehemaligen DDR-Vermögens im Zusammenhang stehende Wirtschaftskriminalität. Man kann vorsichtig vermuten, daß dies - zumindest im Moment - auch für exzessive neonazistische Gewalttaten, nicht jedoch für den Rechtsextremismus als solchen zutreffen wird.

Anmerkungen

- 1) Die hier berichteten empirischen Befunde beruhen auf repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die 1991 in den neuen (n=2011) sowie 1993 in den neuen (n=4001) und alten (n=2034) Bundesländern von Kriminologen der Humboldt-Universität zu Berlin sowie der Universitäten Hamburg und Tübingen in einem von der DFG geförderten Kooperationsprojekt durchgeführt wurden.
- 2) Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik betrug 1993 der Anteil der Gewaltdelikte an allen 6,7 Mio. registrierten Straftaten 2,4% (Bundeskriminalamt 1994).

Literatur

- Becker, U. et al. (1992), Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung. Düsseldorf.
- Blinkert, B. (1988), Kriminalität als Modernisierungsrisiko?, in: Soziale Welt 39, 397-412.
- Boers, K. (1994), Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch. In: Neue Kriminalpolitik 6, Heft 2, 27-31.
- Bundeskriminalamt (1994), Polizeiliche Kriminalstatistik 1993. Wiesbaden.
- Heitmeyer, W. (1994), Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt, 29-72.
- Heitmeyer, W. et al. (1995), Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim.
- Hradil, S. (1992), Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre, in: ders. (Hg.), Zwischen Bewußtsein und Sein. Opladen, 15-56.
- Kury, H., et al. (1992), Opfererfahrungen und Meinungen zur inneren Sicherheit in Deutschland. Wiesbaden.

- Offe, C. (1993), Wohlstand, Nation, Republik. Aspekte des deutschen Sonderweges vom Sozialismus zum Kapitalismus, in: Joas, H., Kohli, M. (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/M., 282-301.
- Pfahl-Traughber, A. (1993), Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn.
- Sessar, K. (1993), Kriminalität von und an Ausländern, in: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (Hg.). Ausländer, Kriminalität und Strafrechtspflege. Chur, 187-217.
- Treuhandanstalt. (1994), Die Stabsstelle für besondere Aufgaben im Direktorat Recht. Berlin, unveröffentlicht.
- Willems, H., et al. (1993), Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Bonn.

Dr. Klaus Boers, Institut für Kriminologie, Universität Tübingen, Corrensstraße 34, D-72076 Tübingen

5. Episodale Schicksalsgemeinschaft und Jugendgewalt: Hooligan-Gruppen in intensiver Fallanalyse

Ralf Bohnsack

Der *episodale Charakter* von Jugendkriminalität, also deren Bindung an und Beschränkung auf die Lebensphase Jugend, ist in der Kriminologie bzw. Kriminalsoziologie eine seit langem kaum bestrittene Erkenntnis. Gleichwohl hat der "Erkenntnisstand zur Erklärung von Episodenhaftigkeit ... das Niveau von Alltagstheorien kaum verlassen".¹ Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die spezifischen Probleme der Adoleszenzentwicklung bei denjenigen, die in der Kriminalstatistik vor allem in Erscheinung treten, nämlich bei Lehrlingen, bisher kaum Berücksichtigung gefunden haben. Auch die Bedeutung der *peer-group* in diesem Zusammenhang ist empirisch belegt², theoretisch aber wenig durchleuchtet.

In einer von der DFG finanzierten Untersuchung über jugendliche Banden und Cliques aus unterschiedlichen Stadtvierteln im Ost- und Westteil der Stadt Berlin arbeiten wir mit intensiven Fallanalysen auf der Grundlage von Gruppendiskussionen, biographischen Interviews und teilnehmender Beobachtung mit bisher über 60 Gruppen. Die hier referierten Ergebnisse beziehen sich im wesentlichen auf vier Gruppen aus der Berliner Hooligan-Szene, die einer komparativen Analyse unterzogen wurden: Eine Gruppe, die zum Kern, und eine andere, die zum Randbereich dieser Szene gehört sowie eine weitere Gruppe aus dem Westteil der Stadt. Die Kerngruppe aus einer Trabantenstadt im Osten, mit deren Freundinnen wir ebenfalls eine Diskussion durchgeführt haben, wurde ihrerseits mit anderen Lehrlingsgruppen aus demselben Viertel verglichen: mit Musikgruppen, unauffälligen Jugendlichen und einer linken gewaltbereiten Gruppe.³

Auf eine Explikation der theoretischen und methodologischen Hintergründe dieser Studie, wie sie in der Chicagoer Schule, dem *labeling-approach* und der Mannheimschen Wissenssoziologie, vor allem der *dokumentarischen Methode der Interpretation*, verankert sind⁴, verzichte ich zugunsten der Ergebnisdarstellung.

Vorab jedoch einige *generelle Bemerkungen* zur Adoleszenzentwicklung bei Lehrlingen, mit denen ich auch an die Ergebnisse einer früheren Studie anknüpfe⁵: Mit dem Übergang von der